

Übersichten

Außenpolitik

* (1) UNO-Ermächtigung zur Intervention in Haiti

Am 31. Juli ermächtigte der UNO-Sicherheitsrat die UNO-Mitgliedstaaten zu einer militärischen Intervention in Haiti, um das in Port-au-Prince residierende Militärregime zu vertreiben. Die Führung des Unternehmens sollte unter amerikanischer Führung stehen. Allerdings wurde keine Frist gesetzt. Die meisten lateinamerikanischen Staaten bekundeten Bedenken gegen eine Invasion.

Für den von den USA eingebrachten Antrag stimmten 12 der insgesamt 15 Mitglieder. Zu den drei Staaten, die ihre Zustimmung nicht erteilten, gehörte Ruanda, dessen Sitz beim Sicherheitsrat angesichts der schweren einheimischen Bürgerkriegswirren in dieser Zeit vakant war, sowie Brasilien - und die VR China, die mittlerweile zu einem fast "notorischen Stimmenthalter" zu werden verspricht. -we-

* (2) US-Wirtschaftsminister Brown in China

Vom 26. bis 30. August 1994 besuchte der "U.S. Secretary of Commerce", Ron Brown, zusammen mit zwei Dutzend US-Spitzenmanagern die VR China, um, wie er sagte, den "Ton für eine neue Ära" anzustimmen. (XNA, 26.8.94)

Am Ende seines Besuchs zeigte er sich beinahe enthusiastisch. Die Ergebnisse hätten "alle Erwartungen übertroffen", meinte er bei einer Abschluß-Pressekonferenz.

Browns Reise war der erste Besuch eines amerikanischen Kabinettsmitglieds in China seit der Verlängerung der

Meistbegünstigungsklausel zugunsten Chinas durch Präsident Clinton im Mai 1994. Damals war auch die Verknüpfung von Handels- und Menschenrechtsfragen offiziell aufgehoben worden.

U.a. traf Brown mit Staatspräsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und Außenhandelsminister Wu Yi zusammen und unterzeichnete zusammen mit dem letzteren ein "Agreement on the Framework for Cooperation under the Business Development Working Group of the U.S.-China Joint Committee on Commerce and Trade". (XNA, 31.8.94)

Unterzeichnet wurden im Laufe des Besuchs auch zahlreiche Einzelprojekte durch die mitgereisten Firmenvertreter.

Insgesamt wurden während des Besuchs Aufträge für die amerikanische Industrie in Höhe von rd. 4,5 Mrd. US\$ unterzeichnet.

Brown sagte seinen Gesprächspartnern auch zu, daß die USA sich weiterhin für den Beitritt Chinas zum GATT einsetzen wollen.

Brown sprach in Beijing offiziell zwar nicht über die Menschenrechte, doch wurde im Abschlußkommuniqué vereinbart, daß beide Seiten in dieser Frage weiterhin im Dialog bleiben und daß die einschlägigen Gespräche zwischen beiden Seiten "bald wiederbeginnen" sollten. (XNA, 31.8.94) Die Gespräche über Menschenrechte waren im März 1994 unterbrochen worden, sollen jedoch im September 1994 wieder aufgenommen werden. Zur Unterbrechung war es gekommen, weil der amerikanische Menschenrechtsbeauftragte Shattuck damals zur Verärgerung der chinesischen Regierung in Beijing mit dem Dissidenten Wei Jingsheng zusammengetroffen war.

Amerikanische Menschenrechtsorganisationen kritisierten diese Zurückstellung der Menschenrechtsfrage zu-

gunsten geschäftlicher Erwägungen. In der Tat stand - bei einem Handelsminister nicht weiter verwunderlich - das Geschäft im Vordergrund. Brown betonte während seines Chinabesuchs vor amerikanischen Unternehmern, daß US-Betriebe im Zusammenhang mit ihren China-Geschäften Finanzhilfen aus Washington erhalten sollen. Damit solle die Konkurrenz französischer und deutscher Unternehmen auf dem chinesischen Markt bekämpft werden.

Gleichwohl blieb die Menschenrechtsfrage präsent. Auch bei seinem Besuch setzte Beijing seine Politik des Schattenschießens fort, die bereits beim Besuch des französischen Ministerpräsidenten Balladur betrieben worden war, und begann - exakt am Tag der Ankunft des Besuchers - einen Prozeß gegen mehrere Aktivisten der Demokratiebewegung von 1989. Außerdem wurde der bekannte Dissident Wang Dan am Tag der Ankunft Browns 12 Stunden lang festgesetzt.

Brown nahm diese Provokationen jedoch nicht zur Kenntnis. Damit hatten die Chinesen erneut einen Beweis dafür erhalten, daß bei der Abwägung zwischen geschäftlichen und moralischen Elementen am Ende doch - erwartungsgemäß - die Geschäftsinteressen Priorität eingeräumt erhielten: ein weiteres Zeichen dafür, daß die "Menschenrechts"-Vorhaltungen Washingtons am Ende doch nur auf Scheinheiligkeit beruhten. Das Bild, das viele chinesische Marxisten von den USA haben, wird damit erneut bestätigt.

Höflich wiesen fast alle chinesischen Gesprächspartner den amerikanischen Minister auf die "Weisheit" der Entscheidung hin, Handelsfragen von Menschenrechtsfragen "getrennt" zu haben. (So z.B. Jiang Zemin, XNA nach SWB, 31.8.94)

Ganz im Schatten des Brown-Besuchs blieb der Gegenbesuch des höchsten chinesischen Militärvertreters, der seit den Ereignissen vom 4. Juni 1989 wieder nach Washington kam, nämlich des Stellvertretenden Generalstabschefs Xu Huizi. Nach fünf Jahren kam er zu seinem zweiten Besuch in die USA. (DGB, 12.8.94; SWB, 15.8.94) Ob es dabei auch zu Gesprächen über die Wiederaufnahme militärischer Lieferungen gekommen ist, wurde aus verständlichen Gründen nicht mitgeteilt. -we-

***(3)
"Paritätische" Einladungsstrategie**

China, das schon während des Golfkriegs ängstlich darauf achtete, sich "außen vor" zu halten und völlig neutral gegenüber den beiden Kriegsgegnern Iran und Irak zu bleiben, setzt diese "überparteiliche" Politik auch in seiner Einladungsdiplomatie fort. Dies zeigte sich u.a. auch darin, daß es fast zur gleichen Zeit hohe Gäste aus dem Irak und aus dem Iran empfing, nämlich vom 18. bis 25. August den irakischen Außenminister Al-Sahaf (XNA, 19. und 25.8.94) und vom 29. bis 31. August den Ersten iranischen Vizepräsidenten Habibi. (XNA, 29.8.94)

Beide waren die höchsten politischen Repräsentanten, die seit dem Golfkrieg wieder nach China kamen.

Der irakische Außenminister versuchte bei seinem Beijing-Besuch vor allem, die Chinesen dafür zu gewinnen, ihnen bei den Bemühungen um Aufhebung der Sanktionen zu helfen, die im Zusammenhang mit der Golfkrise über das Land verhängt worden sind. (INA in SWB, 27.8.94) Es handle sich hier um eine äußerst "unfaire Blockade", für deren Fortsetzung kein Anlaß mehr bestehe. (INA in SWB, 30.8.94)

China sagte zu, sich in diesem Sinne zu bemühen; man kann sich jedoch durchaus vorstellen, daß der iranische Besucher gerade umgekehrt für die Fortsetzung der Blockade plädierte. Darüber wurde allerdings nicht in der Öffentlichkeit diskutiert! -we-

***(4)
Die chinesische Politik gegenüber dem Baltikum**

Im September 1991 hatte die VR China mit den drei Baltenstaaten Estland (11. September), Lettland (12. September) und Litauen (14. September) diplomatische Beziehungen aufgenommen. In der nachfolgenden Zeit wurde auch eine Reihe von Verträgen, u.a. über Investitionen, abgeschlossen.

Im Januar jedoch schloß China seine Botschaft in Riga, weil Lettland inzwischen konsularische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hatte. Dieser Schritt der lettischen Regierung verletzte die chinesisch-lettische Vereinbarung, die u.a. auch eine Taiwan-Klau-

sel enthielt, hieß es in einer chinesischen Mitteilung. (Dazu C.a., Februar 1992, Ü 2)

Taiwan hatte beim Zerfall der Sowjetunion sofort "Morgenluft gewittert" und sich an die selbständig gewordenen Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit der Bitte gewandt, diplomatische Beziehungen doch nicht mit Beijing, sondern mit Taibeï aufzunehmen. Möglicherweise war die von Taiwan angeblich betriebene "Scheckbuch-Diplomatie" auch einer der Hauptgründe dafür, daß Beijing sich wenig Bedenkzeit ließ und bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen - u.a. mit den Ländern des Baltikums - im Eiltempo voranschritt.

Inzwischen jedoch wurde der lettische "Fauxpas" von Anfang 1992 wieder korrigiert: Am 28. Juli 1994 nämlich unterzeichnete der lettische Außenminister und Stellvertretende Ministerpräsident, Maris Gailis, gemeinsam mit seinem Amtskollegen Qian Qichen in Beijing ein gemeinsames Kommuniqué, das drei Punkte enthält, nämlich (1) Wiederaufnahme der beiderseitigen Beziehungen im Geiste der Erklärungen vom 12. September 1991 und gleichzeitige Anerkennung, daß die "Konsularbeziehungen" zwischen Lettland und Taiwan am Tag der Unterzeichnung des neuen Kommuniqués beendet werden sollen; (2) Lettland anerkennt "von neuem", daß die VR China die einzige legale Regierung Chinas sei und daß Taiwan nur als "unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums" betrachtet werden könne. Lettland werde keine Schritte mehr unternehmen, um nochmals offizielle Beziehungen zu Taiwan aufzunehmen; (3) Wiedereröffnung der chinesischen Botschaft in Riga. (XNA, 29.7.94)

Im Anschluß daran wurde Maris Gailis von Ministerpräsident Li Peng empfangen. (XNA, 30.7.94)

Die Wiedereröffnung der Botschaft erfolgte fast gleichzeitig mit dem Abzug der letzten russischen Soldaten aus Lettland.

Bereits im Juni 1994 hatte der estnische Präsident, Lennart Meri, die VR China besucht, wobei bezeichnenderweise die Formel, daß die VR China die einzige legale Regierung Chinas sei, im Gemeinsamen Kommuniqué

vom 18. Juni wiederholt wurde, obwohl Estland (im Gegensatz zu Lettland) seine Beziehungen zur VRCh keinen Augenblick lang in Frage gestellt hatte. (XNA, 19.6.94) Doch sicher ist sicher! -we-

***(5)
Beziehungen zu den Ländern des Südpazifik**

Vom 31.7. bis 2.8.1994 fand die 25. Sitzung des South Pacific Forum statt, das 1971 mit dem Ziel einer Intensivierung des regionalen Handels, des Erfahrungsaustausches auf wirtschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet sowie der Begründung einer kernwaffenfreien Zone Südpazifik gegründet wurde und dem 15 Staaten angehört, nämlich Australien, die Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, die Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Niue, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Westsamoa.

Am 2. August fand ein "Postforum-Meeting" statt, an dem sich auch der Stellvertretende Außenminister der VR China, Liu Huaqiu, beteiligte. (XNA, 4.8.94) Er betonte, daß sich die Beziehungen zwischen China und dem SPF in den vergangenen zwei Jahrzehnten höchst harmonisch entwickelt, und daß sich aus diesem Verlauf folgende konkrete Erfahrungen ergeben hätten: (1) Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen unter Umgehung ideologischer Differenzen und unter Beachtung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz; (2) Betonung der gemeinsamen Interessen durch das Anstreben langfristiger und stabiler Beziehungen; (3) Entwicklung beiderseits vorteilhafter wirtschaftlicher, kommerzieller und technologischer Kooperation; (4) Erhöhung der Konsultationen und des gegenseitigen Austausches sowie (5) Respekt voneinander und Verzicht auf Einmischungen in die Angelegenheiten des anderen.

1993 stieg der Wirtschaftsaustausch Chinas mit den Ländern des SPF um +18% auf 184 Mio. US\$. Inzwischen wurde auch eine Reihe von neuen Verträgen über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet. Bis Mitte Juli 1994 hat China in der SPF-Region 21 Wirtschaftsprojekte und 20 Projekte der technologischen Kooperation vereinbart und sich dabei

zu Gesamtinvestitionen von nahezu 500 Mio.RMB Yuan (= 57,5 Mio.US\$) verpflichtet. China hat außerdem den einzelnen Inselstaaten "beträchtliche" Unterstützung in Form von Materialien und von Bargeld zugesagt. (Ebenda)

Probleme wurden von Liu nicht erwähnt; sie hatten sich in den vergangenen Jahren aber dadurch ergeben, daß einzelne pazifische Inselstaaten mit Taiwan diplomatische Beziehungen aufgenommen - und dadurch den Unwillen Beijings erregt haben. Gegenwärtig unterhält nur noch Nauru offizielle Beziehungen mit Taiwan. -we-

*(6)

Glaskabelnetz zwischen Europa und Asien

Im Juli 1994 einigten sich nach einjährigen Konsultationen zehn Länder Asiens und Europas über die Verlegung des ersten kontinentalen Glasfaserkabels von Frankfurt nach Shanghai. Das Glaskabel soll im wesentlichen entlang der antiken "Seidenstraße" laufen und, mit einer Länge von 16.000 km, zehn Staaten durchziehen, nämlich Deutschland, Polen, die Ukraine, die Türkei, den Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan und die VR China. Das Kabel soll nach einheitlichen technischen Normen verlegt und im ersten Quartal 1996 fertiggestellt sowie in Betrieb genommen werden.

Ausgangspunkt für dieses eurasische Projekt war die Tatsache, daß die Zahl der internationalen Telefongespräche mit China jährlich durchschnittlich um mindestens 40% wächst, so daß die vorhandenen Satellitenverbindungen schon jetzt überlastet sind. Mit dem neuverlegten Glasfaserkabel soll die Kommunikationsfähigkeit der VR China mit asiatischen und europäischen Ländern konsolidiert werden.

Das Projekt soll im Laufe der nachfolgenden Jahre auch weiteren Ländern zugute kommen, die in der "Nachbarschaft" des Kabelverlaufs liegen.

Sollte das eurasiatische Kabel eines Tages an das Weltkabelnetz angeschlossen werden, so würde China damit im Fernmeldewesen einen weiteren "Großen Sprung" nach vorn vollziehen. (BRu 1994, Nr.24, S.28) -we-

Innenpolitik

*(7)

Neue politische Reformanstöße Dengs

Im Vorfeld der 4. Plenartagung des XIV. Zentralkomitees, die vermutlich Ende September oder im Oktober stattfinden wird, ist die Diskussion um politische Strukturreformen durch Deng Xiaoping kürzlich wieder entfacht worden. Deng hatte bereits 1980 und besonders 1986 auf die Notwendigkeit einer begrenzten politischen Erneuerung als Ergänzung der Wirtschaftsreformen hingewiesen. In einem Gespräch mit Parteiveteranen und Politbüro-Mitgliedern soll Deng Anfang August das Thema politischer Reformen wieder aufgegriffen haben. Dies geht aus übereinstimmenden Meldungen gutinformierter Hongkonger Pressekreise hervor (vgl. etwa *Xin Bao*, 19.8.94, S.27; JB, 94/8, S.32-35). Es ist nicht bekannt, in welchem Maße Dengs Töchter an der Formulierung und Übermittlung der jüngsten Äußerungen beteiligt gewesen sind.

Deng soll die Bedeutung einer straffen Parteiorganisation und eines stabilen Führungskerns für die künftige Entwicklung betont haben. Im Zentrum einer politischen Umstrukturierung stünden Fragen der "sozialistischen Demokratie", des Rechtssystems sowie das Verhältnis zwischen der "regierenden Partei" (KPCh) und den Staatsorganen, wobei die Führung durch die Partei "unerschütterlich" bleibe.

Drei Aspekte, so Deng, seien besonders wichtig:

1. Die Trennung von Partei- und Regierungsfunktionen und die Ver vollkommnung der Parteiführung auf allen Verwaltungsebenen.
2. Die Verlagerung von Kompetenzen auf die unteren Ebenen und zugleich die verbindliche Regelung der Beziehungen zwischen zentralen und lokalen Behörden.
3. Die Straffung des Behördensystems und seines Personals.

Deng beharrte darauf, daß die politischen Erfahrungen des Westens in China nicht einfach "kopiert" werden könnten. Bereits 1986 hatte er klargestellt, daß "westliche" Demokratie,

Gewaltkontrolle, Mehrparteiensystem, Konkurrenzahlen und Zweikammer-Parlamente nicht auf China übertragbar seien. -hei-

*(8)

Trennung oder Integration von Partei und Staat?

Deng Xiaopings wenig konkrete Aufrufe zur "Trennung von Partei und Staat" (*Dang Zheng fenkai*) haben seit 1986 immer wieder zu beträchtlicher Verwirrung in der Parteiorganisation geführt. Wie soll sich eine "regierende Partei" (*zhizhengdang*) wie die KPCh aus staatlichen Institutionen heraushalten, ohne die politische Macht einzu- büßen?

Als Reaktion auf die vielfältigen Herausforderungen, denen die Parteiherrschaft aufgrund der Wirtschaftsreformen und des gesellschaftlichen Wandels gegenübersteht, kam es in den letzten Jahren (verstärkt seit dem XIV. Parteitag 1992) zu einem neuen Trend: der "Integration von Partei und Staat" (*Dang Zheng yitihua*) und der Tendenz zu "überlappenden Amtsfunktionen" (*jiaocha jianzhi*). Sekretäre regionaler und lokaler Parteikomitees begannen damit, Spitzenfunktionen in Regierung und Volkskongressen in Personalunion auszuüben. (JB, 94/8, S.32-35; S.57)

Diese Ämterkonzentration diene der Machtsicherung der Parteikader, erschwerte aber alle Bemühungen um eine noch so bescheidene Kontrolle zwischen den verschiedenen Zweigen des chinesischen Institutionensystems. Auch die Ansätze zur Stärkung der Volkskongresse und der Gerichte konnten hier nur ein geringes Gegen gewicht schaffen.

Unterhalb der Bezirks- und Kreisebenen führte diese Entwicklung in manchen Regionen dazu, daß - ganz im Gegensatz zu den Bemühungen um den Aufbau eigenständiger staatlicher Institutionen in den achtziger Jahren - beispielsweise die Organisationsabteilungen der Partei das gesamte Personalwesen der Regierungsstellen übernahmen. Manche staatliche Stellen existieren auf den unteren Verwaltungsebenen nur dem Namen nach: Unter zwei verschiedenen Schildern (Parteiorgan/staatliche Behörde) firmieren die gleichen Leute (*liang kuai paizi, yi tao renma*), und eigenständige Kompetenzen der Verwaltung werden durch Parteiorgane systematisch unterhöhlt.